

Online-Antrag "Altersgerecht Umbauen – Investitionszuschuss" (455)

Zuschussantrag bitte direkt an die KfW

An die
KfW
Niederlassung Berlin
10865 Berlin

Ihre nächsten Schritte:

1. Bitte unterschreiben Sie als Antragsteller die Bestätigung unter Abschnitt 4.
2. Nur beim Standard Altersgerechtes Haus: Händigen Sie den Antrag Ihrem Sachverständigen aus, der unter Abschnitt 3 unterzeichnet.
3. Reichen Sie den Antrag direkt bei der KfW ein.

1. Antragsteller

Frau Herr Wohnungseigentümergeinschaft

Name/Firma

Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ Wohnort

Geburtsdatum bzw. Gründungsdatum bei Firmen

Ansprechpartner
(sofern Wohnungseigentümergeinschaft)

Telefonnummer

Ggf. weitere Telefonnummer (z. B. Mobiltelefon)

E-Mail-Adresse

Bankverbindung des Antragstellers: (bitte stets angeben)

Bei privaten Antragstellern: Der Antragsteller und der Kontoinhaber müssen identisch sein.

Bei Wohnungseigentümergeinschaften: Das Konto besteht nach § 27 Absatz 5 Wohnungseigentumsgesetz zu Gunsten der Wohnungseigentümergeinschaft bzw. nach dieser Bedingung ebenso im Falle sonstiger Bevollmächtigter.

Kreditinstitut

BIC

IBAN

von (Name Antragsteller):

Ich/Wir stelle/n den Antrag für das Investitionsobjekt als:

Diese Angaben dienen ausschließlich statistischen Zwecken und werden anonymisiert ausgewertet

- Hausverwalter bzw. Bevollmächtigter für eine Wohnungseigentümergeinschaft** bei Investitionen am Gemeinschaftseigentum. Die "De-minimis"-Erklärung der Wohnungseigentümergeinschaft ist beigefügt, sofern Wohneinheiten vermietet werden (Formularnummer 600 000 3502)
- Natürliche Person(en) als Mieter mit Zustimmung des Vermieters** zur Durchführung der Baumaßnahme
- Natürliche Person(en) als Eigentümer und Selbstnutzer** eines Ein-/Zwei-Familienhauses (max. zwei Wohneinheiten)
- Natürliche Person(en) als Eigentümer und Selbstnutzer** einer Eigentumswohnung in einer Wohnungseigentümergeinschaft bei Investition am Sondereigentum (keine gemeinschaftlichen Maßnahmen der Wohnungseigentümergeinschaft).
- Natürliche Person(en) als Eigentümer und Vermieter** eines Ein-/Zwei-Familienhauses (max. zwei Wohneinheiten) Die "De-minimis"-Erklärung des Antragstellers (Formularnummer 600 000 0075) ist beigefügt.
- Natürliche Person(en) als Eigentümer und Vermieter** einer Eigentumswohnung in einer Wohnungseigentümergeinschaft bei Investitionen am Sondereigentum (keine gemeinschaftlichen Maßnahmen der Wohnungseigentümergeinschaft). Die "De-minimis"-Erklärung des Antragstellers (Formularnummer 600 000 0075) ist beigefügt.

Hinweis: Eigentümer eines Mehrfamilienhauses (ab drei Wohnungen) sind nicht antragsberechtigt.

Wohnfläche des Investitionsobjektes (bitte die Angabe auf den Eigentumsanteil des Antragstellers/der Antragsteller beziehen)

 m²

2. Angaben zum Investitionsobjekt und Vorhaben

Investitionsort entspricht der Adresse des Antragstellers unter 1. anderenfalls:

Straße/Hausnummer

PLZ

Investitionsort

Anzahl der geförderten Wohneinheiten **nach** Vorhabensdurchführung

Art des Vorhabens

- Umbau bestehendes Wohngebäude/Wohnungseigentum
- Ersterwerb umgebautes Wohngebäude/Wohnungseigentum

Angaben bei Vermietung

- Es werden Häuser/Wohnungen vermietet. Die "De-minimis"-Erklärung des Antragstellers ist beigefügt.

von (Name Antragsteller):

Es werden barriere-reduzierende Einzelmaßnahmen aus nachstehenden Förderbereichen oder Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz (**keine Einrichtungsgegenstände**) entsprechend der Technischen Mindestanforderungen Altersgerecht Umbauen umgesetzt. Maßnahmen zum Einbruchschutz, die in Kombination mit barriere-reduzierenden Maßnahmen beantragt werden ("Kombi-Anträge"), sind den entsprechenden Einzelmaßnahmen zur Barriere-reduzierung zuzuordnen:

Einzelmaßnahmen Barriere-reduzierung (bei "Kombi-Anträgen" einschl. Einzelmaßnahmen Einbruchschutz)

Förderfähige Investitionskosten

1 Weg zu Gebäuden und Wohnumfeldmaßnahmen	<input type="text"/>	EUR
2 Eingangsbereich und Wohnungszugang	<input type="text"/>	EUR
3 Vertikale Erschließung / Überwindung von Niveauunterschieden	<input type="text"/>	EUR
4 Anpassung der Raumgeometrie	<input type="text"/>	EUR
5 Maßnahmen an Sanitärräumen	<input type="text"/>	EUR
6 Sicherheit, Orientierung und Kommunikation	<input type="text"/>	EUR
7 Gemeinschaftsräume, Mehrgenerationenwohnen	<input type="text"/>	EUR

Einzelmaßnahmen Barriere-reduzierung (bei „Kombi-Anträgen“ einschl. Einzelmaßnahmen Einbruchschutz)

Summe der geplanten förderfähigen Kosten

 EUR

Der Standard Altersgerechtes Haus wird erreicht, wenn eine einzelne oder alle Wohnungen des Gebäudes die nachfolgenden Anforderungen (einschließlich der technischen Mindestanforderungen der jeweiligen Maßnahmen) erfüllen.

- Altersgerechter Zugang (Förderbereich 1, 2 und ggf. 3),
- Altersgerechtes Wohn- und/oder Schlafzimmer sowie ein altersgerechter Küchenraum (Förderbereich 4),
- Altersgerechtes Bad (Förderbereich 5),
- Anforderungen an die Bedienelemente (Förderbereich 6)

Standard Altersgerechtes Haus (bei „Kombi-Anträgen“ einschl. Einzelmaßnahmen Einbruchschutz)

Summe der gesamten geplanten förderfähigen Kosten

 EUR

Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz

Summe der geplanten förderfähigen Kosten

Zutreffend, wenn keine "Kombi-Anträge" einschl. Einzelmaßnahmen Barriere-reduzierung gestellt werden

 EUR

Beantragter Zuschussbetrag

(Berechnung siehe Programmmerkblatt)

 EUR

Hinweise:

Der Mindestzuschussbetrag für barriere-reduzierende Maßnahmen und Maßnahmen zum Einbruchschutz beträgt jeweils 200 EUR.

Die Kombination mit anderen öffentlichen Fördermitteln (Kredit, Zulagen und Zuschüssen), z. B. von Berufsgenossenschaften ist grundsätzlich möglich: Dabei darf die Summe der öffentlichen Förderzusagen die förderfähigen Kosten nicht übersteigen.

Nicht möglich ist die Kombination dieses Programms:

- mit einer anderen KfW-Förderung für dasselbe Vorhaben, z. B. aus dem Programm "Altersgerecht Umbauen – Kredit" (Programmnummer 159) oder mit einem von der KfW aus diesen Mitteln refinanzierten Programm eines Landesförderinstituts
- mit einer steuerlichen Förderung gemäß § 35 a Absatz 3 EStG (Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen) für in diesem Programm geförderte Maßnahmen

Nicht möglich ist die Kombination barriere-reduzierender Maßnahmen:

- mit dem Wohnriester Barriere-reduzierung gemäß Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz
- mit der sozialen Pflegeversicherung oder der privaten Pflege-Pflichtversicherung (inkl. Beihilfe)

von (Name Antragsteller):

3. Bestätigung des Sachverständigen für den Standard Altersgerechtes Haus

Ich versichere, dass die im "Online-Antrag" getätigten Angaben zu dem Standard Altersgerechtes Haus vollständig und richtig sind und dass ich diese durch geeignete Unterlagen belegen kann. Ich habe geprüft und bestätige, dass dem "Online-Antrag" nur förderfähige Maßnahmen zugrunde liegen.

Mir ist bekannt, dass diese Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz darstellen und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist. Ich versichere, dass mir der Inhalt des Programmmerblatts Altersgerecht Umbauen und damit verbundener Anlagen bekannt ist. Ich bin damit einverstanden, dass die KfW berechtigt ist, sämtliche Unterlagen für die Planung und Durchführung des geförderten Vorhabens zu Prüfungszwecken anzufordern und eine Vor-Ort-Kontrolle durchzuführen. Aus diesem Grunde willige ich ein, dass die KfW für die Prüfung der Unterlagen und Durchführung der Vor-Ort-Kontrolle Dritte beauftragen und diesen alle erforderlichen Daten zum Zwecke dieser Prüfungen übermitteln kann. Im Falle der Beauftragung Dritter werden diese zur Wahrung des Datenschutzes und des Bankgeheimnisses verpflichtet.

Ich bin

- ein nach Landesrecht Bauvorlageberechtigter
- ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger des Handwerkes und habe die Fortbildung nach den Kriterien des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) im Bereich Barriereabbau/ Barrierefreiheit in Wohngebäuden erfolgreich absolviert (www.svdhandwerk.de).

Name des Sachverständigen

Firma/Unternehmen

Straße/Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift des Sachverständigen
Hinweis: ausschließlich persönliche Zeichnung

von (Name Antragsteller): _____

4. Erklärung des Antragstellers

Erklärungen zu geplanten Umbaumaßnahme:

Ich/wir erkläre/n, dass

- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.
- ich/wir (Mit-)Eigentümer bzw. Mieter des in Ziffer 2. genannten Investitionsobjektes bin/sind, bzw. im Falle eines Mit-eigentumsanteils der Beschluss der Eigentümergemeinschaft vorliegt und ich/wir dazu bevollmächtigt wurden, namens und im Auftrage der Wohnungseigentümergeinschaft den Antrag zu stellen. Ich/wir erklären, dass es sich im Falle der Beantragung für mehrere Eigentümer ausschließlich um natürliche Personen handelt.
- sich der beantragte Zuschuss ausschließlich auf meine/unsere anteiligen Kosten gemäß meinem/unseren (Mit-)Eigen-tumsanteil am Investitionsobjekt bezieht.
- ich/wir für die beantragten Umbaumaßnahmen noch keinen Zuschuss aus dem Programm Altersgerecht Um-bauen erhalten habe/n.
- ich/wir die Finanzierung einer mit dem Investitionszuschuss geförderten Maßnahme nicht mit einer anderen KfW-Förde-rung für dasselbe Vorhaben, z. B. einem Kredit aus dem Programm Altersgerecht Umbauen oder mit einem von der KfW aus diesen Mitteln refinanzierten Programm eines Landesförderinstituts kombiniere.
- alle Maßnahmen die Mindestanforderungen des Merkblatts sowie der Anlage technischer Mindestanforderungen für Altersgerecht Umbauen in der jeweiligen gültigen Fassung einhalten. Umbaumaßnahmen zum Standard Altersge-rechtes Haus sind vom Sachverständigen gemäß der Anlage "Technische Mindestanforderungen" auf dem Formular "Bestätigung nach Durchführung Altersgerechtes Haus" (Verwendungsnachweis, Formularnummer 600 000 3279) zu bestätigen.
- keine Kombination mit dem Wohnriester Barrierereduzierung gemäß Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz vorliegt.
- keine Kombination mit einer steuerlichen Förderung gemäß § 35 a Absatz 3 EStG (Steuerermäßigung für Hand-werkerleistungen) für in diesem Programm geförderte Maßnahmen vorliegt.
- keine Kombination mit der sozialen Pflegeversicherung oder der privaten Pflege-Pflichtversicherung (inkl. Bei-hilfe) erfolgt.

Persönliche Erklärungen:

Ich/wir erkläre/n, dass

- ich/wir das Programmmerkblatt einschließlich der damit verbundenen Anlagen zur Kenntnis genommen habe/n.
- der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird.
- ich/wir alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe/n und diese durch geeignete Unterlagen be-legen kann/können.
- ich/wir mit einer Überprüfung der technischen Umsetzung des Vorhabens sowie des geförderten Gebäudes im Rahmen einer Vor-Ort-Kontrolle durch die KfW bzw. durch einen von der KfW beauftragten Dritten einverstanden bin/sind.
- ich/wir die Zahlung nicht eingestellt habe/n und über mein/unser Vermögen kein Insolvenz- oder Sequestrationsverfah-ren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich/wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe/n. Ich/wir verpflichte/n mich/uns auch, bis zum Zeit-punkt der Vorlage der nach Bestätigung nach Durchführung (Verwendungsnachweis) ein unmittelbar bevorstehendes Insolvenz- oder Sequestrationsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich/uns unverzüglich der KfW mitzuteilen.

Mir/uns ist bekannt, dass

- zu Unrecht – insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen der Zuschusszusage – erhaltene Zuschüsse an die KfW zurückzuzahlen sind.
- die Angaben zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck sowie zur Höhe der angegebenen Kosten subventions-erhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz darstellen und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist.

Nach § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) trifft den Subventionsnehmer eine sich auf alle subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Offenbarungspflicht. Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einem beantragten Zuschuss (§ 4 Subventions-gesetz). Außerdem ist zu beachten, dass der Straftatbestand des Subventionsbetruges (§ 264 StGB) im Rahmen des EG-Finanzschutzgesetzes vom 10.09.1998 erheblich erweitert wurde.

Einwilligung in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten:

Die KfW ist berechtigt, alle in diesem Antrag, in der ggf. noch einzureichenden Bestätigung nach Durchführung (Verwen-dungsnachweis)/Änderung der Bankverbindung-Formular/en sowie in den jeweiligen Anlagen angegebenen personenbe-zogenen und sonstigen Daten zum Zwecke der Zuschussbearbeitung zu erheben und, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der KfW erforderlich ist, elektronisch zu verarbeiten, zu speichern sowie auszuwerten.

Über diesen im vorangehenden Absatz beschriebenen Rahmen hinaus werden die mit den genannten Formularen erhobe-nen Daten durch die KfW für volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Analysen verwendet und ausgewertet. Ich bin darüber informiert, dass ich dieser gesonderten Verwendung gegenüber der KfW jederzeit widersprechen kann.

von (Name Antragsteller):

Einwilligung zur Übermittlung und Nutzung vorhabensbezogener Daten:

Mir/uns ist bekannt, dass die KfW berechtigt ist, innerhalb von 10 Jahren sämtliche Unterlagen für die Planung und Durchführung des geförderten Vorhabens zu Prüfungszwecken anzufordern und eine Vor-Ort-Kontrolle durchzuführen. Aus diesem Grunde willige/n ich/wir darin ein, dass die KfW für die Prüfung der Unterlagen und Durchführung der Vor-Ort-Kontrolle Dritte beauftragen und diesen alle erforderlichen Daten zum Zwecke dieser Prüfungen übermitteln kann. Im Falle der Beauftragung Dritter werden diese zur Wahrung des Datenschutzes und des Bankgeheimnisses verpflichtet. Ferner willige/n ich/wir ein, dass der von mir/uns beauftragte Sachverständige für den Standard Altersgerechtes Haus, der die Bestätigung vornimmt, auf Anforderung alle im Zusammenhang mit der Prüfung relevanten Informationen und Unterlagen der KfW zur Verfügung stellt und zu diesem Zweck eine direkte Kommunikation zwischen der KfW oder von ihr beauftragte Dritte und Sachverständigen erfolgen kann.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller